

BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 4. Oktober 2023

5 Sofortmaßnahmen für eine Wirtschaftswende: Wachstum jetzt!

Deutschlands Wirtschaft schrumpft wie in keinem anderen Industrieland. Das zeigt die aktuelle Gemeinschaftsprognose der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute sehr deutlich. Statt des bislang prognostizierten Wachstums des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,3 Prozent wird für das aktuelle Jahr ein Rückgang von 0,6 Prozent vorhergesagt. Das ist ein Alarmsignal für unseren Wohlstand und das individuelle Aufstiegsversprechen – und damit auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt! Der schleichende Wohlstandsverlust ist bereits jetzt spürbar. Neben zunehmenden Insolvenzen, drohender Abwanderung von Unternehmen und Arbeitsplatzverlusten sind auch die Sparvermögen der Bürgerinnen und Bürger gesunken.

Über Jahre hat Deutschland wirtschaftlich von einem guten weltweiten Umfeld profitiert. Statt in dieser Zeit die Grundlage für den Wohlstand der Zukunft zu legen, hat man sich zu lange auf dem Wohlstand ausgeruht. Notwendige Zukunftsreformen blieben auf der Strecke, Sozialausgaben hingegen sind immer weiter gestiegen. Diese Versäumnisse der Vergangenheit holen uns nun ein: Der Reformstau ist eine echte Wachstumsbremse für unser Land. Denn die globalen Rahmenbedingungen haben sich dramatisch verändert: Ukraine-Krieg, Inflation, Fachkräftemangel, hohe Energiepreise, steigende Zinsen und Lieferkettenengpässe setzen die Unternehmen massiv unter Druck.

Der Ernst der Lage spiegelt sich in vielen politischen Debatten und Forderungen noch nicht wider. Union, SPD und Grüne sind überwiegend im Verteilungs- und Belastungsmodus. Deutschland muss aber dringend in den Erwirtschaftungs- und Leistungsmodus kommen. Forderungen nach immer neuen Subventionen, immer höheren Steuern, immer mehr sozialen Wohltaten und immer detaillierteren bürokratischen Regelungen sind Gift für unseren Wohlstand. Deutschland droht, bei der wirtschaftlichen Entwicklung international den Anschluss zu verlieren.

Deutschland braucht eine Wirtschaftswende. Und zwar jetzt! Wir müssen alles unterlassen, was Wachstum bremst, und alles unternehmen, was Wachstum stärkt. Dafür benötigt Deutschland einen neuen wirtschaftspolitischen Kurs und eine Rückkehr zur Kultur, die Leistung, harte Arbeit und Unternehmertum fördert: durch bessere Rahmenbedingungen und mehr Wertschätzung. Das Wachstumschancengesetz, das Bürokratieentlastungsgesetz sowie das Zukunftsfinanzierungsgesetz sind wichtige Bausteine für diesen Kurswechsel. Angesichts der virulenten Wachstumsflaute und der akuten Herausforderungen müssen wir jedoch auch mit sichtbaren und wirksamen Sofortmaßnahmen zeigen: Wir reißen das Ruder herum, wollen wieder auf Wachstumskurs und setzen Impulse für

einen sofortigen Entlastungs- und Wachstumsschub. Damit leiten wir die Wirtschaftswende ein. Konkret schlagen wir Freie Demokraten vor:

1. Bürokratie-Stopp jetzt!

Wir müssen raus aus dem Bürokratie-Burn-out, der Deutschland lähmt. Mit unseren Bürokratieentlastungsgesetzen sind wir auf dem richtigen Weg. Es kommt jedoch noch zu viel Bürokratie hinzu. Das im Koalitionsausschuss vereinbarte Bürokratiemoratorium entfaltet noch keine ausreichende Wirkung. Deshalb schlagen wir die sofortige Implementierung eines "One in, two out"-Prinzips vor: Wenn eine gesetzgeberische Maßnahme, die höhere Erfüllungskosten mit sich bringt, auf den Weg gebracht werden soll, muss sie mit konkreten Vorschlägen zum Abbau der doppelten Höhe an Erfüllungskosten an anderer Stelle verbunden werden.

Vor allem aber ist nun die EU und insbesondere die EU-Kommission unter Dr. Ursula von der Leyen (CDU) in der Pflicht, die in der Vergangenheit zu viel Bürokratie verursacht hat: 57 Prozent der Bürokratiekosten für die Wirtschaft haben ihren Ursprung auf europäischer Ebene. Hier muss ein **EU-Bürokratie-Stopp** vorgenommen werden. Wir fordern Ursula von der Leyen (CDU) auf, sämtliche noch geplanten Maßnahmen (z. B. die EU-Gebäudeeffizienzrichtlinie), die Bürokratie oder sonstige Belastungen der Wirtschaft mit sich bringen, bis auf Weiteres auf Eis zu legen.

2. Entlastung bei Steuern jetzt!

Steuerpolitik ist Standortpolitik im Wettbewerb um Investitionen und Fachkräfte. Deshalb wollen wir jetzt alle Spielräume ausschöpfen, um die Menschen und die Unternehmen in Deutschland steuerlich zu entlasten. Zusätzliche Spielräume für Entlastungen und Investitionen wollen wir schaffen, indem wir laufende Ausgaben konsolidieren und neue konsumtive Ausgaben bremsen. Bei einer Sozialquote von 50 Prozent des Bundeshaushalts kann es **in dieser Legislaturperiode keine Ausweitung von Sozialleistungen mehr geben**. Es geht jetzt ums Erwirtschaften nicht um Verteilen. Steuerliche Entlastungen stärken das Wachstum. Richtschnur der Haushalts- und Steuerpolitik bleibt für uns die Einhaltung der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse. Wenn die anstehende Steuerschätzung im November es zulässt, wollen wir die **Reduzierung des Umsatzsteuersatzes auf 7 Prozent in der Gastronomie** beibehalten. Den **Solidaritätszuschlag wollen wir komplett abschaffen**.

3. Entlastung bei Energiekosten jetzt!

Ein wesentlicher Faktor für wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen im Industrieland Deutschland sind die Energiekosten. Deutschlands Energiepolitik der vergangenen Jahre hat sich als Sackgasse erwiesen: Trotz enorm hoher Kosten stoßen wir überdurchschnittlich viel CO₂ aus. Deshalb brauchen wir eine Kehrtwende hin zu rationaler Energiepolitik. Angesichts der akuten Lage benötigen wir jedoch auch eine sofort wirksame Kostendämpfung: Statt einer schuldenfinanzierten Subvention für einige wenige fordern wir eine dauerhafte **Senkung der Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß für alle**. Denn es wäre nicht fair, wenn Handwerk und Mittelstand einen subventionierten Strompreis für die Großindustrie finanzieren würden. Eine reduzierte Stromsteuer würde hingegen allen zugutekommen – Bürgerinnen und Bürgern, dem Mittelstand und den Industrieunternehmen. Unser langfristiges Ziel ist es, die Stromsteuer vollständig abzuschaffen. Die CO₂-Einnahmen müssen den Bürgerinnen und Bürgern spätestens ab 2025 als Klimageld zurückgegeben werden. Um die Energiepreise

zu senken, muss das Energieangebot steigen. Deshalb fordern wir den Stopp des Rückbaus der letzten Kernkraftwerke. So kann das Angebot an Energie bei Bedarf flexibel erhöht werden. Darüber hinaus beschleunigen wir den Hochlauf von Wasserstoff und fördern Innovation und neue Technologien – insbesondere die Fusionsforschung. Vom zuständigen Bundeswirtschaftsminister erwarten wir, dass jetzt **eine Nationale Energiestrategie** für die sichere und günstige Energieversorgung durch grundlastfähige Kraftwerke in Deutschland vorgelegt wird. Deutschland darf sich nicht dauerhaft von Stromimporten abhängig machen.

4. Planungsbeschleunigung jetzt!

Nach Jahren der Vernachlässigung muss die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland dringend leistungsfähiger werden. Tausende Brücken sind marode, Pendlerinnen und Pendler stehen im Stau und Straßen und Schienen sind an der Belastungsgrenze. Der derzeitige Zustand unserer Infrastruktur ist eine ernste Gefahr für Wachstum und Wohlstand. In Zukunft wird der Güterverkehr zudem weiter ansteigen. Wir müssen dringend handeln, um die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts zu sichern. Deshalb brauchen wir Planungsbeschleunigung – jetzt! Mit dem Genehmigungsbeschleunigungsgesetz liegt unser Vorschlag auf dem Tisch: Wir wollen die Verfahren für zentrale Straßen- und Schienenprojekte im überragenden öffentlichen Interesse beschleunigen und den Turbo bei der Sanierung und Modernisierung maroder Brücken einlegen. Dass das in der Koalition bereits ausverhandelte Gesetz nun blockiert wird, verkennet den Ernst der Lage. Das **Genehmigungsbeschleunigungsgesetz muss schnellstmöglich beschlossen werden**. Darüber hinaus wollen wir eine moderne Infrastruktur als Staatsziel im Grundgesetz verankern.

5. Mehr Leistungsgerechtigkeit jetzt!

Unser Wohlstand und unser Sozialstaat beruhen auf dem Fleiß vieler Bürgerinnen und Bürger. Eine Vier-Tage-Woche, eine Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro, oder starre Wochenarbeitszeiten gefährden diesen Wohlstand und strafen Leistungsträger ab. Schon jetzt wandern viele junge und qualifizierte Fachkräfte aus Deutschland ab. 2022 waren es knapp 270.000 Menschen. Diesen Brain-Drain wollen wir jetzt stoppen. Hohe Steuern und Abgaben sowie überbordende Bürokratie sind häufig angegebene Gründe das Land zu verlassen. Wir müssen jetzt für mehr Leistungsgerechtigkeit und Arbeitsanreize sorgen. Denn wer arbeitet, muss spürbar mehr Geld zur Verfügung haben, als jemand, der nicht arbeitet. Deshalb wollen wir in den verschiedenen Sozialleistungen – wie etwa dem Bürgergeld – die **Zuverdienstgrenzen so anpassen, dass negative Arbeits- und Leistungsanreize vermieden werden**. Einen weiteren Ausbau des Sozialstaates lehnen wir ab. Darüber hinaus setzen wir uns für die **Flexibilisierung des Renteneintrittsalters** und der Wochenarbeitszeit ein. Wir brauchen zusätzlich eine Bildungsoffensive. Unser Bildungssystem muss wieder auf individueller Leistungsförderung statt auf Gleichmacherei beruhen, um jedes Talent bestmöglich zu fördern. Denn die Schülerinnen und Schüler von heute sind die Fachkräfte von morgen. Dafür sind Schulnoten unverzichtbar – bundesweit spätestens ab der dritten Klasse. Zudem wollen wir mit den Ländern in den nächsten 10 Jahren 20 Milliarden Euro in beste Bildung und Startchancen für alle investieren – damit jedes Talent in unserem Land entdeckt und gefördert wird. Die Zusage des Bundes steht. Jetzt sind die Länder am Zug. Die FDP wird sich in Verantwortung dafür stark machen. Denn es geht um unsere Zukunft und unseren Wohlstand im Morgen und Übermorgen.